



Gramscis Plan – Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800 – Eine Zusammenfassung

Gramscis Plan Band 1 umfasst 780 Seiten. Das ist selbst für geübte Leser ein dickes Brett. Gramscis Interpretation von Kant musste hinreichend dicht durch Zitate belegt werden. Das historische Drama der Aufklärung, das in der Renaissance/Reformation begann und in der amerikanischen und französischen Revolution kulminierte, sollte in seiner Einheit erhalten bleiben und nicht auf mehrere Bücher aufgeteilt werden. Der folgende Text enthält eine Zusammenfassung des 2. Kapitels „Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800“. Die Entstehung und der Gehalt der vernunftrechtlichen Begründung der demokratischen Republik durch Kant werden in dem vorliegenden Text auf ca. 20 Seiten dargestellt. Auf Zitate, historische Fakten und eine Reihe von Themen wie etwa die Aufbereitung der Philosophie von Spinoza wurde weitestgehend verzichtet. Mit dieser Zusammenfassung soll erstens die Kernbotschaft von Gramscis Plan Band 1 leichter in die Welt transportiert und zweitens das Interesse an einer erweiterten Lektüre geweckt werden. Der Vorschlag für diese Zusammenfassung kam von meinem Kollegen Martin Stein, der damit auch eine rasche Internationalisierung, das heißt eine Übersetzung in verschiedene Sprachen realisieren möchte. Im August 2021 wird die englische Ausgabe von „Gramscis Plan - Kant und die Aufklärung“ erscheinen. Zeitgleich geht die englisch-sprachige Website www.gramsci-plan.net online.

Mein Interesse an Antonio Gramsci entwickelte sich bereits als politischer Aktivist in den 80er Jahren. Der Inhalt meiner Master-of-Arts-Thesis, Albuquerque/USA 1989, wurde 1991 von Prof. Frank Deppe als Arbeitspapier FEG Nr. 5 unter dem Titel „Antonio Gramsci - Hegemonie, historischer Bock und intellektuelle Führung in der internationalen Politik“ veröffentlicht. Auf der Website www.gramsci-plan.de befindet sich ein Link, über den der Aufsatz heruntergeladen werden kann. Die Promotion zum Dr. Phil. erfolgte 1995 mit einer Arbeit über den Niedergang institutionalisierter Kooperation in der Weltpolitik zwischen 1945 und 1990. Vor über 10 Jahren erwachte mein Interesse an Gramscis „Gefängnisheften“ erneut. Ich habe die Beschäftigung mit seinem Werk seitdem zu einem arbeitsintensiven Hobby neben meiner Beschäftigung als ein Partnermanager in der IT-Industrie gemacht.

Robin Jacobitz, 24. Juli 2021

Inhaltsverzeichnis

Wissenschaft, Politik und Vernunft – Kant und die vernunftrechtliche Variante der Aufklärung	3
Gramsci und Kant– wie passt das zusammen?.....	3
Der Kampf um die demokratische Republik –heute.	4
Antonio Gramsci – der Denker der Niederlagen der europäischen Arbeiterbewegung.....	5
Gramscis Plan.....	5
Gramscis Anregungen für ein Buch	6
Der feudale historische Block und die Philosophie	7
Der 300-jährige Befreiungskampf des Bürgertums gegen den Feudalismus	7
Die Epoche der Aufklärung begann mit der Renaissance und der Reformation.....	8
Das Ziel der bürgerlichen Revolutionen war die Errichtung von Republiken.....	8
Die Erkenntnistheorie und die Bedeutung der Vernunft	9
Dreht sich die Sonne um die Erde oder die Erde um die Sonne?.....	9
Das Vermögen des Verstands: Die Verarbeitung von Anschauungen zu Begriffen.....	10
Das Vermögen der Vernunft: Die Produktion von Ideen.....	11
Die Maxime, jederzeit selbst zu denken, ist die Aufklärung	11
Kants Ethik und seine Begründung der demokratischen Republik.....	12
Nur vernünftige Wesen können sich eigene Zwecke setzen	12
Der Wille jedes vernünftigen Wesens ist als Teil des allgemein gesetzgebenden Willens jederzeit anzuerkennen	13
Eine notwendige Neuinterpretation des kategorischen Imperativs	15
Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.....	15
Der kategorische Imperativ - Anstelle einer langen Erklärung.....	16
Kants „Ewiger Frieden“ und die Geschichtsphilosophie	16
Die Geschichtsphilosophie landete zu Unrecht in der Rumpelkammer der Philosophie.....	16
Drei Forderungen: Demokratische Republiken, Föderalismus und weltweit geltende Menschenrechte.....	17
Der weltweite Kampf um die demokratische Republik	19
Zur Universalität der vernunftrechtlichen Aufklärung.....	21
Zur Geschichtlichkeit von Philosophien	21
Marx über die Demokratie als das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen	22

Wissenschaft, Politik und Vernunft – Kant und die vernunftrechtliche Variante der Aufklärung

Im Jahr 2021 steht die Menschheit zwei akuten Herausforderungen gegenüber: Die Corona-Pandemie muss bewältigt und die drohende Klimakatastrophe abgewendet werden. In beiden Fällen geht es darum, Millionen Menschenleben zu retten und eine lebenswerte Zukunft für alle in einer intakten Ökosphäre zu erkämpfen. Bei der Bewältigung dieser Krisen stützt sich die Weltgemeinschaft – die Vereinten Nationen und ihre Mitgliedsstaaten - auf die Wissenschaft. Die Wissenschaft stellt keine Dogmen auf, schon gar keine religiösen Dogmen. Speziell die Naturwissenschaften versuchen mit Hilfe von logisch begründeten Hypothesen, mathematischen Modellen, mit Experimenten und Simulationen die Wirklichkeit zu beschreiben. Die beobachteten Erscheinungen etwa das Corona-Virus oder die Erderwärmung sollen erklärt, die Ursachen bestimmt und wirksame, wissenschaftlich fundierte Gegenmaßnahmen aufgezeigt werden. Wissenschaft lebt vom Streit verschiedener Auffassungen, die in einem stetigen Prozess mit Argumenten – also in Form von Beweisen, Widerlegungen und Gegenthesen – um die Wahrheit ringen. Sowohl im Fall der Pandemie wie auch im Fall der Erderwärmung existiert ein arbeitsfähiger weltweiter Konsens der übergroßen Mehrheit der beteiligten Wissenschaftler*innen aus allen Nationen.

Wissenschaft in dem eben beschriebenen Sinn wird mit Kant als theoretische Vernunft bezeichnet. Die Politik soll die Ergebnisse der Wissenschaft kritisch bewerten und in konkrete Maßnahmen umsetzen. Beide – Wissenschaft und Politik – sollen von einer kritischen Öffentlichkeit überwacht und korrigiert werden. Die Politik wird mit Kant als praktische Vernunft bezeichnet. Die theoretische wie die praktische Vernunft produzieren keine ewigen Wahrheiten, sondern nur einen Prozess ständig umstrittener Konsense, an denen in einer Demokratie jeder Mensch im öffentlichen Disput und bei den Wahlen mit seiner Stimme beteiligt sein soll. Die Grundlagen der demokratischen Republik sowie der theoretischen und praktischen Vernunft wurden in diesem Sinn von dem deutschen Philosophen Immanuel Kant (1724-1804) zu Zeiten der französischen Revolution entwickelt. Ohne Berücksichtigung dieses philosophischen Fundaments müssen Gramscis „Philosophie der Praxis“ und seine zentralen Begriffe wie „Hegemonie“ und „Zivilgesellschaft“ blass bzw. unverständlich bleiben.

Gramsci und Kant– wie passt das zusammen?

Antonio Gramsci (1891-1937) war Vorsitzender der kommunistischen Partei Italiens, ein Philosoph und ein Opfer des faschistischen Regimes unter Mussolini in Italien. Gramsci saß von 1926 bis 1937 im Gefängnis und verstarb kurz nach seiner Entlassung. In seinen „Gefängnisheften“ unternahm er auf ca. 2000 Seiten den Versuch, sich ein Verständnis der europäischen Geschichte von der Renaissance (Wiedergeburt) und dem Risorgimento (Wiedererstehung) in Italien, der Reformation in Deutschland über die französische Revolution bis hin zu den Arbeiterrevolutionen der Jahre 1917 bis 1921 in Russland, Deutschland und Italien zu erarbeiten. In „Gramscis Plan – Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800“ wird sein Blick auf die Aufklärung in Europa und die geschichtliche Bedeutung der Philosophie von Immanuel Kant vorgestellt.

Kant war der wichtigste Theoretiker der vernunftrechtlichen Variante der Aufklärung. Er entwickelte nicht nur eine Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie, sondern auch die Grundzüge einer neuen Staatsform, die aus dem 300-jährigen Befreiungskampf des Bürgertums gegen den

Feudalismus hervorging: die demokratische Republik. Die 1. Französische Republik, die 1792 im Zuge der französischen Revolution unter Führung der Jakobiner gegründet wurde, war der erste Staat, in dem die Verfassung ein allgemeines Wahlrecht – allerdings nur für Männer – vorsah. Von innen und außen durch die feudale Konterrevolution bedroht ging die 1. Französische Republik nur wenige Jahre später im Terror der Jakobiner unter. Der deutsche Philosoph Immanuel Kant verteidigte diese Republik trotzdem, weil sie den von ihm entworfenen Prinzipien der Vernunft entsprach und er deshalb in ihr die Zukunft der Menschheit sah. Gramsci untersuchte in seinen „Gefängnisheften“ einen Gedanken von Hegel, der darauf hingewiesen hatte, dass Kant den Forderungen der französischen Jakobiner – Freiheit, Gleichheit, Brüderlichkeit – eine philosophische Form gegeben habe. Marx hatte 1842 geschrieben, dass Kants Philosophie mit Recht als „deutsche Theorie der französischen Revolution“ betrachtet werden muss. Kant ist eher für schwergängige philosophische Konstruktionen wie das Ding-an-sich und den kategorischen Imperativ bekannt. In seinen „Gefängnisheften“ ging Gramsci einer Spur nach, die dem gesamten Marxismus-Leninismus, - besser der stalinistischen Philosophie - zuwiderläuft. Er begriff die Philosophie von Marx als eine Umarbeitung des Hegelianismus. Hegel ist aber ohne seinen großen Vorläufer Kant nicht denkbar. Infolgedessen sah Gramsci in Kants Philosophie den Beginn einer philosophischen Entwicklungslinie Kant-Hegel-Marx.

Der Kampf um die demokratische Republik –heute.

Heute lebt weltweit eine deutliche Mehrheit aller Menschen in einem Staat mit einem Parlament und allgemeinem Wahlrecht für Frauen und Männer. In vielen Staaten sind jedoch die politischen Freiheiten wie auch die Menschen- und Bürgerrechte, die die französische Nationalversammlung 1789 zum ersten Mal verkündete, nur schwach ausgeprägt oder bedroht. In anderen Nationen müssen diese Rechte erst erkämpft werden. Im letzten Jahrzehnt zeigten sich zwei Tendenzen im weltweiten Kampf um die demokratische Republik. Ab 2011 begann ein mit vielen Hoffnungen versehener demokratischer Aufbruch in den arabischen Nationen. Aber bis auf die Ausnahme Tunesien konnten diese Hoffnungen nicht realisiert werden. In den vergangenen Jahren fanden weitere Proteste und Aufstände für die demokratische Republik vor allem im Sudan, in Chile, in Hongkong, im Libanon, in Weißrussland, in Thailand und in Myanmar, aber auch als Black Lives Matter-Bewegung in den USA statt. Die andere Tendenz besteht darin, dass im Laufe des letzten Jahrzehnts in verschiedenen Nationen politische Kräfte ins Amt von demokratischen Staaten gewählt wurden, die die Demokratie von innen heraus gefährden: Orban 2010 in Ungarn, Erdogan 2014 in der Türkei, Modi 2014 in Indien, Donald Trump 2016 in den USA, Bolsonaro 2018 in Brasilien. Alle 5 Politiker betreiben nach außen eine nationalistische, gegen die internationale Kooperation gerichtete Politik und nach innen die Aushöhlung demokratischer Errungenschaften. Alle 5 Regierungschefs stützen sich maßgeblich auf reaktionäre, wissenschaftsfeindliche religiöse Milieus in ihren Ländern. Orban, Modi und der inzwischen abgewählte Trump hetzen gegen Flüchtlinge und gingen mit restriktiven Maßnahmen gegen Menschen in Not vor. Speziell Trump und Bolsonaro verharmlosen oder leugnen sowohl die Gefährdung durch die Covid-19-Pandemie wie auch den Klimawandel und seine Konsequenzen. Trump und Bolsonaro stützen sich auf Kapitalfraktionen, die weltweit einen Ausstieg aus der fossilen Energie verhindern und den Raubbau an der Natur fortsetzen wollen. Ein Übergang zu faschistischen Formen der Herrschaft kann bei allen 5 Politikern nicht ausgeschlossen werden. In der Politik von Trump, seiner Partei und seiner Bewegung waren von Anfang an faschistische Momente erkennbar. Dieser

Charakterzug zeigte sich deutlich am 7. Januar 2021, als mehrere tausend Trump-Anhänger versuchten das Capitol zu erstürmen, um zu verhindern, dass der Kongress das Ergebnis der Wahlen vom November 2020 bestätigt. Der Kampf um die demokratische Republik wird also nicht nur im Sudan, in Myanmar und in Chile, sondern auch in den Metropolen dieser Welt geführt. In „Gramscis Plan – Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800“ wird die Traditionslinie der Aufklärung, die in der 1. Französischen Republik ihren Durchbruch erzielte, ihre Begründung durch Kant und ihre weltgeschichtliche Bedeutung dargestellt. Mit der Aufbereitung dieses philosophischen Themas geht es dem Autor nicht nur um die Vermittlung eines geschichtlichen Einblicks oder um eine moralische Unterstützung. Bezweckt ist auch eine effektive argumentative Handreichung im weltweiten Kampf um die demokratische Republik.

Antonio Gramsci – der Denker der Niederlagen der europäischen Arbeiterbewegung

Antonio Gramsci wurde 1891 auf Sardinien geboren. Mit 22 Jahren begann er ein Studium in Turin in den Fachbereichen Literaturwissenschaften und Philosophie. Im Verlauf des 1. Weltkriegs schloss er sich der italienischen Arbeiterbewegung an und begann Artikel für sozialistische Zeitungen zu schreiben. Gramsci zeigte schon in dieser Zeit ein starkes Interesse an der klassischen deutschen Philosophie. Diese philosophische Strömung, deren wichtigste Repräsentanten Kant und Hegel waren, hatte im späten 19. Jahrhundert in Italien mit den Philosophen Antonio Labriola und Benedetto Croce eine viel größere Relevanz und Lebendigkeit erlangt als im Ursprungsland Deutschland. In den „Gefängnisheften“ stellte Gramsci die Forderung auf, dass das Erbe der klassischen deutschen Philosophie nicht inventarisiert werden darf, sondern wieder wirkendes Leben werden muss. Nach der Oktoberrevolution 1917 in Russland und der Novemberrevolution 1918 in Deutschland versuchte die italienische Arbeiterbewegung 1919 eine Arbeiterkontrolle über die Produktion durchzusetzen, um einen eigenständigen Weg aus der ökonomischen Krise der Nachkriegszeit definieren zu können. Im Verlauf der Auseinandersetzung um die Arbeiterkontrolle kam es 1919/20 zu groß angelegten Fabrikbesetzungen und Massenstreiks. Gramsci nahm in Turin an diesen Kämpfen in führender Position teil und schrieb viel diskutierte Reports an die gerade eben gegründete Kommunistische Internationale. Die Phase der Offensive der Arbeiterbewegung war in Italien spätestens 1922 mit der Installation des Faschisten Mussolini als Ministerpräsident beendet. Im Gefängnis dachte Gramsci ab 1926 über die Niederlagen der revolutionären Bewegungen in Europa in den Jahren 1917 bis 1921 nach. Das wirklich Bedeutsame in Gramscis Schaffen ergibt sich aus der Kombination seines profunden Wissens über die Philosophien von Kant, Hegel und Marx und seiner Erfahrung der Turiner Fabrikrätebewegung.

Gramscis Plan

Nach dem Verständnis des Autors entwickelte Gramsci in seinen „Gefängnisheften“ einen Plan, der vier Themengebiete umfasste: die Rekonstruktion der Marxschen Philosophie, die Kritik der sowjetischen Philosophie und ihrer Vorläufer, die Hegemonie der bürgerlichen Klassen und die Emanzipation der subalternen Klassen. Die Darstellung von Gramscis Gedanken entlang dieser vier Themen beinhaltet zugleich den Kern seiner „Philosophie der Praxis“. Ziel und Zweck des Plans war die philosophische Vorbereitung eines zweiten Anlaufs zur Überwindung der bürgerlichen Gesellschaft. Band 1 von „Gramscis Plan“ ist der Rekonstruktion der

Marx'schen Philosophie gewidmet und speziell der Bedeutung von Kant in der Epoche der Aufklärung 1500 bis 1800. Im traditionellen Marxismus wird Kant wahlweise für einen Idealisten, einen Reaktionär oder einen Fideisten, also jemand, der wider die Vernunft am religiösen Glauben festhalten möchte, gehalten. Im Gegensatz dazu sah Gramsci in Kants Philosophie den Ausgangspunkt einer neuen Strömung in der Geschichte der Philosophie, die von Hegel und Marx fortgesetzt wurde. Gramscis Denken im Gefängnis kollidiert mit allen wichtigen Strömungen in der Philosophie. Seine Kant-Interpretation bricht mit der Tradition des orthodoxen Marxismus, des Marxismus-Leninismus sowjetischer Prägung, dem bürgerlich-liberalen Verständnis und der akademischen Standardinterpretation. Für die marxistische Tradition ist schon der Versuch, eine Entwicklungslinie Kant-Hegel-Marx aufzuspüren, ein unerhörter Skandal, weil damit das materialistische Fundament der Marx'schen Philosophie in Frage gestellt wird. Gramsci ging sogar noch einem Schritt weiter; er schlug vor, alles, was seit Engels, Lenin und Stalin über diese Marx'sche Philosophie gesagt worden war, zu beerdigen. Die bürgerlich-liberale und die akademische Philosophie haben den revolutionären Gehalt in Kants Denken weitgehend ausgeblendet. Sein Konzept einer demokratischen Republik, einer demokratischen und föderalen Weltordnung wie auch seine positive Bezugnahme auf die 1. Französische Republik wurden selten gewürdigt. So wurde aus dem kategorischen Imperativ, der die Bewegung der Vernunft in der demokratischen Republik begründet und einfordert, ein individueller Kompass für moralische Fragen wie etwa, ob ich Selbstmord begehen oder in Notfällen falsch Zeugnis reden darf. Im Unterschied dazu war Gramscis ganzes Streben darauf ausgerichtet, dem Erbe der klassischen deutschen Philosophie in der Marx'schen Philosophie wieder eine Relevanz für die Aufgaben und Probleme der Menschheit in der Zukunft zu geben. Für Gramsci musste der Zugang zur Philosophie von Karl Marx über Hegel gesucht werden. Hegel wiederum kann nicht ohne Kant verstanden werden – weder in der Kontinuität noch im Unterschied. Damit ist das Thema des ersten Bandes von „Gramscis Plan“ umrissen. Dem ersten Band werden weitere über Hegel und Marx folgen.

Gramscis Anregungen für ein Buch

Band 1 von Gramscis Plan über Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800 orientiert sich an den Vorschlägen, die Gramsci für Bücher machte, die sich auf seine Vorarbeiten im Gefängnis stützen. So sprach er sich für verständliche Sprache ohne viele Fremdwörter aus. Gramsci machte darüber hinaus den Vorschlag, die Geschichte der Philosophie als ein sich vollziehendes historisches Drama zu erzählen. Diese eher selten praktizierte Vorgehensweise soll dazu führen, dass der philosophische Gedanke an die Bedürfnisse seiner Zeit gebunden bleibt, an den geografischen Raum, in dem er gedacht wurde, und an die gesellschaftlichen Konflikte, die er reflektiert.

Die Lektüre der einschlägigen Passagen in Gramscis Gefängnisheften ergab, dass Gramsci selbst eine klassische Ordnung für die thematische Untergliederung der Philosophie gewählt hat. Diese Ordnung entnahm Gramsci dem Werk von Kant; sie wird durch vier Fragen gebildet. Diese Fragen lauten: Was kann ich wissen? Mit dieser Frage wird das Themenfeld der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie umrissen. Was soll ich tun? Hiermit wird das Feld der Ethik beschränkt. Nicht einzelne moralische Fragen werden diskutiert, sondern die grundlegende Frage, wie gesellschaftliche Normen bzw. Gesetze zu Stande kommen. Was darf ich hoffen? Diese Frage eröffnet das Feld der Geschichtsphilosophie. Gibt es überhaupt Trends in der Geschichte der Menschheit? Wenn, ja, durch welche Kriterien werden sie erkennbar?

Der Begriff der Hoffnung zielt ab auf eine rationale Rechenschaftslegung über das eigene geschichtliche Vorhaben. Kants vierte Frage lautet: Was ist der Mensch? Die Beantwortung der ersten drei Fragen, so Kant, sollte eine philosophische Antwort auf diese Frage erlauben.

Der feudale historische Block und die Philosophie

Unter Philosophieren wird das Nachdenken über das Leben und die Welt der Menschen verstanden. Jenseits von den Tumulten der Tagespolitik werden grundsätzliche Fragen aufgeworfen. Philosophie bedeutet in diesem Sinn nachdenken, über Wesentliches bewusst reflektieren, um seinem eigenen Wirken eine bewusste Richtung zu geben. Angeleitet durch die vier Fragen von Kant leuchtete Gramsci die sich verändernden Antworten der Wissenschaften, der Religion, der Philosophie und des Alltagsverstands in der Epoche der Aufklärung aus. Speziell durch die Analyse des Alltagsverstands sticht Gramsci aus der Menge der Philosophen heraus. Er versuchte mit diesem Begriff alle Menschen in den Fokus zu bekommen, weil sie es sind, die in ihrem täglichen Leben die Geschichte wirklich machen. Alle Menschen sind Philosophen und die Philosophie ist weder eine esoterische noch eine akademische Unternehmung. Gramscis gesamtes Schaffen kann ohne diese fundamentale Aufwertung der Philosophie und des Alltagsverstands nicht verstanden werden. Die feudale Gesellschaft in Europa muss seiner Auffassung nach als ein „historischer Block“ verstanden werden, der die innere Einheit von sozioökonomischen Inhalt und ethisch-politischer Form ausdrückt. Dieser Block, dessen Entstehung etwa auf die Zeit um 1250 angesetzt werden kann, unterlag ab 1500 einem Auflösungs- und Zersetzungsprozess, auf den um 1800 herum der Übergang in die bürgerliche Epoche folgte. Die Geschichte des feudalen Blocks ist untrennbar verbunden mit der Entwicklung der vorherrschenden Philosophie und der vorherrschenden Denkweise der Menschen dieser Epoche, das heißt der römisch-katholischen Religion. Wie kam also die Transformation des Alltagsverstands in Europa aus der streng religiösen Vorstellungswelt der feudalen Gesellschaft hin zu einem demokratisch-republikanischen Bewusstsein zustande? Wie haben die Philosophen zu Zeit der Aufklärung die Treiber und Motive einer solchen kolossalen Entwicklung diskutiert.

Der 300-jährige Befreiungskampf des Bürgertums gegen den Feudalismus

Gramscis Plan – Band 1: Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800 ist auch für philosophische Laien eine interessante Lektüre, weil ... die Philosophie der Aufklärung in verständlicher Sprache und eingebettet in den 300-jährigen Befreiungskampf des Bürgertums gegen den Feudalismus dargestellt wird.

Gramsci ließ in seiner Aufarbeitung der europäischen Geschichte den 300-jährigen Befreiungskampf des Bürgertums mit der Renaissance in Italien und der Reformation in Deutschland ab ca. 1500 beginnen. Mit seinen Untersuchungen versuchte er das europaweite Aufbegehren gegen die feudale Gesellschaft zu verstehen, einer Gesellschaft, dessen ökonomische Struktur durch grundbesitzende Adlige und leibeigene oder hörige Bauern gekennzeichnet war und deren geistiges Leben von den religiösen Dogmen der römisch-katholischen Kirche bestimmt wurde. Das Heilige Römische Reich war ein Staatsgebilde mit dem Papst im Rom als Oberhaupt, das seit dem 13. Jahrhundert große Teile der feudalen Gesellschaft in Europa zusammenhielt. Das Heilige Römische Reich war ein Gottesstaat, in

dem das Wort der Bibel und Papstes in der Regel mehr Geltung besaß als die weltliche Herrschaft der Kaiser, Könige und Fürsten. Die katholische Kirche hatte innerhalb der feudalen Gesellschaft eine eigene ökonomische Machtstellung: Die Kirche war der größte aller Feudalherren. Gramsci verstand unter der Philosophie einer Epoche im weiten Sinn die Wissenschaften, die Religion, die philosophischen Strömungen und den Alltagsverstand. Innerhalb des feudalen „historischen Blocks“ war die Religion die dominante Komponente. Ihre Prinzipien vom Leben und der Welt bestimmten die Wissenschaften, den Alltagsverstand und ließen auch in der Philosophie wenig Spielraum für abweichende Auffassungen.

Die Epoche der Aufklärung begann mit der Renaissance und der Reformation

Die oberitalienischen Handelsstädte hatten innerhalb des Heiligen Römischen Reichs einen Sonderstatus als Republiken, als Staaten ohne einen fürstlichen Herrscher, erringen können. Im 15. Jahrhundert entstand in diesen Städten in Oberitalien eine neue Kultur, die später als die Renaissance (Wiedergeburt) bezeichnet wurde. Mit der Rückbesinnung auf die kulturellen Leistungen der griechischen und römischen Antike verbunden war ein Humanismus, der sich von dem Menschenbild der römischen Kirche deutlich abhob. Ab ca. 1500 versuchten verschiedene Königreiche teilweise unter Führung des Papstes dies Republiken und ihr Zentrum, die Republik Venedig, zu zerschlagen. In Mitteleuropa blühte die bürgerliche Gesellschaft vor allem in den Städten auf, in denen die Reformation ab 1517 schnell um sich gegriffen hatte. Der Protestantismus mit seinen Führungsfiguren Luther und Calvin breitete sich über Mittel- und Westeuropa nach England, Skandinavien und in die amerikanischen Kolonien aus. Die bürgerliche Ökonomie, also das moderne Kapital erwuchs aus den großen Manufakturen in den Handelsstädten und in diesen entstand auch das moderne Proletariat. Die Kriege um die oberitalienischen Republiken und der Aufstand der Bauern gegen die Leibeigenschaft in Deutschland 1524-26 bildeten den Auftakt in dem 300-jährigen Befreiungskampf gegen die feudale Gesellschaft. Bis zum Westfälischen Frieden 1648 führten das katholische und das protestantische Lager in ganz Europa einen unerbittlichen Krieg gegeneinander. Die neue Staatsform, für die die anti-feudalen Kräfte stritten, war die Republik, das heißt ein Staat, in dem die Kirche und die Könige formell keine Macht besaßen und der Staat selbst zu einer öffentlichen Sache werden konnte. Die Staatsgebilde und ihre Menschen unterlagen also auch nicht mehr der feudalen Erbfolge. Der Staat wurde zunächst nicht im modernen demokratischen Sinn eine öffentliche Sache, sondern er wurde dies für die bürgerlichen Manufakturbesitzer, Kaufleute, Handwerksmeister und Beamten.

Das Ziel der bürgerlichen Revolutionen war die Errichtung von Republiken

Die Geschichte der Republiken in Europa begann mit den oberitalienischen Republiken und setzte sich in der englischen Republik unter Cromwell und der Republik der Vereinigten Niederlande im 17. Jahrhundert fort. Oberitalien, die Niederlande und danach Großbritannien waren die Zentren bürgerlicher Reichtumsproduktion im 16., 17. und 18. Jahrhundert. Die Gründung der föderalen Republik der Vereinigten Staaten von Amerika 1787 und der 1. Französischen Republik 1792 bildeten einen Höhepunkt des bürgerlichen Freiheitskampfes und zugleich einen vorläufigen Abschluss. Obwohl nur noch ein Schatten früherer Tage ging das Heilige Römische Reich Deutscher Nation erst 1806 unter, nachdem Napoleon die Truppen des österreichischen Kaisers Franz I. in der Schlacht von Austerlitz besiegt hatte. Anhand der Notizen von Gramsci werden die wichtigsten philosophischen Vordenker dieser Republiken vorgestellt: Machiavelli, Hobbes, Spinoza, Rousseau und eben Kant. Sowohl Kant als auch

später Marx und Engels nahmen Bezug auf die großen Befreiungskämpfe des Bürgertums. Ihnen war gemeinsam, dass sie zugleich auf eine andere Seite der bürgerlichen Gesellschaft in der Epoche der Aufklärung hinwiesen: den Kolonialismus, das heißt die Inbesitznahme, Besiedlung und Ausplünderung nicht-europäischer Territorien und die Unterdrückung, Versklavung und Auslöschung ihrer Ureinwohner.

Die folgende Interpretation von Kants Philosophie folgt den Gedanken Gramscis, der den Versuch unternimmt, ihren bleibenden Wert in der europäischen Geschichte herauszuarbeiten. Auf die heutzutage diskutierten Fehlritte Kants in Bezug auf Frauen und „Wilde“ wird in diesem Sinn nicht eingegangen. Kants Stellung innerhalb des breiten Spektrums der Aufklärungsphilosophen ist einzigartig. Er erarbeitete noch vor den Revolutionen in Amerika und Frankreich einen umfassenden Gegenentwurf zur Philosophie der feudalen Gesellschaft: in der Erkenntnistheorie, den Wissenschaften, der Religion, der Ethik und der Philosophie der Geschichte. Das Ziel seiner philosophischen Intervention bestand in der Transformation des Alltagsverstands –, auf dass der Mensch sich als ein freies und vernünftiges Wesen erkennt und entsprechend handelt.

Die Erkenntnistheorie und die Bedeutung der Vernunft

Gramscis Plan – Band 1: Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800 ist auch für philosophische Laien eine interessante Lektüre, weil ... die Bedeutung der Vernunft in unseren Erkenntnissen, in den Wissenschaften und in der demokratischen Republik anhand von Kants Schriften herausgearbeitet wird,

Kants Frage Was kann ich wissen? umschreibt das Thema der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie. Kant Erkenntnistheorie war die Lehre vom Begriff, die jedem Menschen das Vermögen, seinen Verstand und seine Vernunft zu benutzen, zusprach. Mit dieser Lehre verband sich die Absicht, den Alltagsverstand von der religiösen Erkenntnislehre zu befreien, die das Werk Gottes in der Natur und den Beziehungen der Menschen zu erkennen beabsichtigte. Hegels Dialektik baute auf Kants Lehre vom Begriff auf; Marx wiederum gestaltete Hegels Dialektik um und benutzte für diese Arbeit die Metapher von der „Umstülpung“. Ohne seine Erkenntnistheorie, ohne seinen Begriff von Vernunft in der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie muss Kants Ethik und damit auch seine Demokratietheorie unverständlich bleiben.

Dreht sich die Sonne um die Erde oder die Erde um die Sonne?

Der 300-jährige Kampf der modernen Naturwissenschaften gegen die Dogmen der katholischen Kirche war einer der wichtigsten gesellschaftspolitischen Aspekte der Epoche der Aufklärung. Dieser Konflikt entzündete sich vor allem an einem übergeordneten Thema. Die Physiker und Astronomen jener Zeit stellten die Gültigkeit des geozentrischen Weltbilds in Frage und damit die Stellung des Menschen und der Erde im Universum. Hatte Gott die Erde erschaffen und in die Mitte des Sonnensystems gestellt, wie es in der Bibel stand, oder war es so, dass sich die Erde um die Sonne drehen musste, wie es viele Philosophen und Astronomen ab 1500 erkannt und bewiesen hatten. Kopernikus, Galilei, Kepler und unzählige andere Wissenschaftler riskierten Kopf und Kragen, wenn sie für das heliozentrische Weltbild öffentlich eintraten. Viele endeten auf den Scheiterhaufen der Inquisition. Der weltbekannte Physiker Isaac Newton (1643–1727) konnte seinen Beweis des heliozentrischen Weltbilds veröffentlichen, da er in

England im Zeichen der Aufklärung bereits über bessere Arbeitsbedingungen verfügte. Die Aufklärung stritt in diesem Sinn fortwährend für die Freiheit der Wissenschaften, die darin besteht, dass sich eine neue, bessere Hypothese im wissenschaftlichen Disput gegen eine alte durchsetzen kann. So wurde etwa die Annahme, dass sich die Planeten auf kreisförmigen Bahnen bewegen durch die Annahme ersetzt, dass sie sich auf elliptischen Bahnen bewegen müssen.

Kant stand in der Tradition dieser großen Wissenschaftler. Er begann seine Karriere als Universalgelehrter 1755 mit einem anonym veröffentlichten Buch über die Entstehung des Sonnensystems. Sein Modell arbeitete ohne eine Kraft Gottes, die Newton noch in seine Berechnungen eingeflochten hatte. Kant zog aus dem über 300-jährigen Streit um die Stellung der Erde eine zentrale erkenntnistheoretische Schlussfolgerung, die später die Kopernikanische Wende in der Erkenntnistheorie genannt wurde. Die Wahrheit menschlicher Erkenntnisse kann nicht in der Bibel oder den Sinneseindrücken gefunden werden, sondern in den Konstruktionen der Vernunft, die bewiesen, verbessert und ggf. auch widerlegt werden können. Die Aussagen der Bibel über die Stellung der Erde im Sonnensystem waren falsch. Ebenso wie der sinnliche Eindruck einer Bewegung der Sonne in Form eines Sonnenauf- und -untergangs. Diese Bewegung der Sonne war als Wahrheit im Alltagsverstand im Einklang mit der Religion fest verankert. Die Annahmen einer Bewegung der Erde um die eigene Achse und um die Sonne waren dagegen richtig und führen zu nachweislich richtigen Vorhersagen über die Bewegungen der Planeten im Sonnensystem. 1781 veröffentlichte Kant die „Kritik der reinen Vernunft“. Das Buch löste ein philosophisches Erdbeben aus, weil Kant darin alle damals gängigen Beweise der Existenz Gottes widerlegte. In den Jahren darauf wurde Kant zu einem scharfen Kritiker der Religion und speziell der in Deutschland etablierten Konfessionen. In diesem Zusammenhang stellt er die Unvereinbarkeit von Theologie und Vernunft fest.

Das Vermögen des Verstands: Die Verarbeitung von Anschauungen zu Begriffen

In der „Kritik der reinen Vernunft“ entwickelte Kant eine Erkenntnistheorie, die den neu entstehenden Begriffswelten der bürgerlichen Gesellschaft etwa in den Naturwissenschaften, im Justizwesen und in der Technik angemessen war. Die zentrale Aussage dieser Erkenntnistheorie lautete: „Jede Erkenntnis erfordert einen Begriff.“ Die wahre Erkenntnis des Sonnensystems und der Stellung der Erde darin ist eben nur dem wissenschaftlich begründeten Begriff vom Sonnensystem zu entnehmen. Kants Lehre vom Begriff war unvereinbar sowohl mit der christlichen Weltanschauung als auch mit einer sensualistischen Erkenntnistheorie, die Erkenntnisse aus der sinnlichen Wahrnehmung gewinnen wollte. Mit den Sinnen können Reize aus der Objektwelt empfangen werden. Der Verstand aber urteilt über die Objekte mittels eines Begriffs. Das Vermögen des Verstands besteht darin, Anschauungen zu Begriffen zu verarbeiten. Der Mensch präformiert seine sinnlichen Eindrücke mittels Raum und Zeit und erarbeitet sich Begriffe mit Hilfe von logischen Kategorien (Qualität, Quantität, Ursache-Wirkung, Wechselwirkung, Möglichkeit, Wahrscheinlichkeit usw.) und logischen Operationen (vergleichen, reflektieren und abstrahieren). Raum, Zeit und Logik sind subjektiv-menschliche Erkenntnisformen. Weil der Mensch die Dinge nur in dieser Weise erkennen kann, deshalb können die Dinge auch nicht so erkannt werden, wie sie „an-sich“ sind. Die Konstruktion von Begriffen geschieht durch die Verarbeitung von Anschauungen zu Vorstellungen und die Verknüpfung der Bedeutung dieser Vorstellungen mit Wörtern. Zwar ist jeder einzelne Mensch an diesem Prozess beteiligt, denkt nach und arbeitet mit seinen Begriffen. Kant zufolge werden

Begriffe aber „vergesellschaftet“, das heißt es sind jenseits von individueller Willkür und Beliebigkeit gesellschaftliche Konstruktionen. Begriffe, wie etwa der des Autos, verändern sich ständig, sind umkämpft, verändern ihre Bedeutung mit oder ohne Veränderung des Worts wie etwa im Fall des E-Autos. Begriffe bilden die sprachlichen Bausteine in den Wissenschaften, der Technik, den Gesetzen des Staates, aber auch in der Umgangssprache, also der gesellschaftlichen Kommunikation insgesamt. Im 21. Jahrhundert schlagen wir Begriffe, ihre aktuelle Bedeutung und Nuancierungen zumeist auf Wikipedia nach. Kants Lehre vom Begriff bildet den Ausgangspunkt für Gramscis Untersuchungen über die Geschichtlichkeit der Sprachen und die Umgangssprache im Anschluss an die Linguisten Michel Bréal (1932-1915) und Ferdinand de Saussure (1857-1913).

Das Vermögen der Vernunft: Die Produktion von Ideen

Dem Verstand die Vernunft zur Seite zu stellen, war laut Hegel eine Innovation von Kant. Das Vermögen der Vernunft besteht nach Kant in der Produktion von Begriffen, Erkenntnissen und Prinzipien a priori und von Ideen. A priori bedeutet so viel wie unabhängig von aller sinnlichen Erfahrung. Ein Begriff a priori ist etwa der des Bewusstseins, eine Erkenntnis a priori ist die Erkenntnis, dass die Erde sich um die Sonne drehen muss, ein Prinzip a priori ist das Prinzip von Ursache und Wirkung. Eine Idee ist ein geistiges Konstrukt von einem Gegenstand, den es nicht gibt und der deshalb auch sinnlich nicht erfahrbar ist. Mit den Ideen verknüpfte Kant nicht ihre materielle Umsetzung in die Lebenswirklichkeit der Menschen; diesen Schritt tat Hegel nach ihm. Kant schuf eine erste Fassung einer Lehre vom Begriff, auf die Hegel später aufbauen wird. Kant erweiterte seine Erkenntnis- zu einer Wissenschaftstheorie, deren Prinzipien auch heute noch Gültigkeit beanspruchen. Demnach entnimmt der Mensch der Natur keine Gesetze; es sind vielmehr logisch begründete und häufig auf die Mathematik abgestützte Hypothesen, die als Modelle der Wirklichkeit gegen die Naturerscheinungen geprüft werden. Die Wissenschaft wird damit zu einer „historischen Kategorie“ (Gramsci). Neue Theorien und Hypothesen ersetzen die alten, nachdem sie widerlegt worden sind oder aber gezeigt wurde, dass sie bestimmte Erscheinungen nicht erklären. Die Vernunft hebt sich in diesem Prozess immer wieder auf, wie die Entwicklung der Wissenschaften in den zwei Jahrhunderten nach Kant gezeigt hat. Während die Astronomie im 19. Jahrhundert noch von einem Äther im Zusammenhang mit einer absoluten Zeit und einem absoluten Raum ausging, so wurde im 20. Jahrhundert der Urknall erforscht, eine Konstruktion, die der Auffassung von einem Äther komplett widerspricht. Ging das Atommodell zu Beginn des 19. Jahrhunderts von kleinsten, nicht weiter teilbaren Teilchen aus, so kommt das Standardmodell der Teilchenphysik heute auf 17 Elementarteilchen. Das „Ding-an-sich“ als zentrales Element der Erkenntnis- und Wissenschaftstheorie von Kant ergibt sich in dieser Betrachtung daraus, dass eine sich unendlich fortentwickelnde Vernunft durch den Einsatz von neuen mathematischen Modellen, Methoden und Experimenten immer wieder bisher nicht bekannte Aspekte in den Dingen entdecken wird. Das wirkliche Wesen der Dinge wird also nicht erkannt, sondern immer nur nach dem Stand der Wissenschaft neu definiert. Das „Ding-an-sich“ wird so zu einem Grenzbegriff, der das anzeigt, was noch nicht bekannt ist.

Die Maxime, jederzeit selbst zu denken, ist die Aufklärung

Die feudal-religiöse Philosophie vom Leben und der Welt verlor in den 300 Jahren der Aufklärung zunehmend an Überzeugungskraft. Viele Menschen konnten und wollten die ewigen Wahrheiten und die Wunder der Bibel, den Glauben an einen Gott, der existiert und die

Geschicke der Menschen lenkt, als leitende Prinzipien ihres Lebens nicht mehr umsetzen. Das primäre Ziel der feudalen Wissenschaft bestand darin die göttliche Schöpfung zu erkennen. Alles, was diesen engen Rahmen verließ – etwa in der Astronomie, der Medizin oder der Technik – wurde gelehnt, verboten oder gar verfolgt. Die feudale Ordnung mit den Leibeigenen, dem Zunftwesen und den Dogmen der katholischen Kirche erwies sich als reformunfähig und wurde zu einer Fessel für die aufblühende bürgerliche Ökonomie, die auf die modernen Naturwissenschaften angewiesen war. In den Städten Europas entstand im 17. und 18. Jahrhundert eine eigenständige Kultur. Naturwissenschaft, Recht und Technik brachen aus dem feudalen Universitäts- und Forschungsbetrieb aus. Die Klassen der bürgerlichen Gesellschaft - die freien Bürger und Lohnarbeiter - gewannen an Bedeutung. Das Menschenbild, das sich in den Städten entwickelte, vertrug sich nicht mehr mit dem von einem leibeigenen Untertanen. Die Leibeigenschaft in der feudalen Landwirtschaft wurde in Europa zwischen 1750 und 1860 sukzessive zurückgedrängt und schließlich rechtlich abgeschafft. Die Forderungen des aufgeklärten Bürgertums nach einer Festschreibung der Trennung von Staat und Kirche, nach Religions- und Meinungsfreiheit, nach Freiheit für die Forschung und einer freien Presse, letztlich nach garantierten Bürgerrechten und politischer Mitwirkung wurden lauter. In dieser Phase schrieb Kant 1784 einen Artikel mit dem Titel „Was ist Aufklärung?“ Darin formulierte er seine berühmten Sätze „Sapere aude! Habe Mut, dich deines eigenen Verstandes zu bedienen! ist also der Wahlspruch der Aufklärung.“ Kant fasste damit eine lang andauernde Transformation des Alltagsverstands zusammen, deren Reichweite sich bis in die Moderne und mittlerweile über die ganze Welt erstreckt. Ohne dass eine solche Transformation die große Mehrheit der Menschen in einer Nation erfasst hat, kann es für ein Leben unter selbst gesetzten Gesetzen keine solide gesellschaftliche Basis geben. Selbst Denken, Mündig-Werden, vernünftig, logisch und wissenschaftlich Denken heißt jenseits der religiösen Dogmen und der sinnlichen Gewissheiten denken. Nach Kant besitzen alle Menschen das Vermögen der Vernunft. Ob ein Mensch sich von den Beweisen der Astronomen für die Bewegung der Erde um die Sonne überzeugen lässt oder ob er bei der tradierten religiösen Sichtweise bleibt, ist eine Entscheidung des Subjekts. Mündig-Werden, vernünftig denken und handeln kann nicht erzwungen werden.

Kants Ethik und seine Begründung der demokratischen Republik

Gramscis Plan – Band 1: Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800 ist auch für philosophische Laien eine interessante Lektüre, weil ... in Zeiten der Bedrohung mit Kants Philosophie eine Rückversicherung hinsichtlich der Grundlagen der demokratischen Republik und der weltweiten Ausbreitung dieser Staatsform seit der 1. Französischen Republik vorgenommen werden kann,

Kants Frage Was soll ich tun? bezog sich auf die Sittlichkeit, auf die ethischen Grundlagen einer Gesellschaft. Das zentrale Prinzip, das Kant in und mit der bürgerlichen Gesellschaft und im Bruch mit der feudalen Gesellschaft heranwachsen sah, war die wechselseitige Anerkennung der Menschen als vernünftige Wesen. Auf dieser Grundlage formulierte er seine Imperative, jene Aufforderungen, denen jedes vernünftige Wesen folgen sollte.

Nur vernünftige Wesen können sich eigene Zwecke setzen

1784, also ebenfalls noch deutlich vor der französischen Revolution, veröffentlichte Kant ein Buch mit dem Titel die „Grundlegung der Metaphysik der Sitten“. Darin erarbeitete er eine

neue Auffassung der Sittlichkeit der bürgerlichen Gesellschaft im Unterschied zur feudalen. Es war der Versuch die ethische Substanz der bürgerlichen Kultur „auf den Begriff“ zu bringen. Im Unterschied zu der von Gott gewollten Ordnung des Feudalismus, der die Menschen in wenige Herren und viele Knechte aufgeteilt hatte, erkannte Kant im Menschen ein Wesen, das sich eigene Zwecke setzen konnte. Der Mensch, so Kant, kann sich aber nicht nur eigene Zwecke setzen, sondern weist auch einen eigenen Willen auf, um aus einer Vielzahl von Zwecken, diejenigen auszuwählen, die den eigenen Interessen und Bedürfnissen entsprechen. Zur Realisierung von Zwecken bedarf es geeigneter Mittel. Jeder Mensch ist im Prinzip fähig, durch den Gebrauch seiner Vernunft einen eigenen Willen zu entfalten, um eigene Zwecke zu denken und zu realisieren. In Übereinstimmung mit seiner Erkenntnistheorie erklärte Kant, dass die Autonomie des Willens gerade in seiner Unabhängigkeit von Religion und Natur bestehe. Der Wille ist praktische Vernunft und autonom in der Kreation seiner Regeln. Bei der Bestimmung des Willens ging es Kant nicht um individuelle Entscheidungen. Diese können von Willkür geprägt sein und auf reflexhaften oder instinktiven Verhaltensmustern beruhen. Für Kant war der Wille das Vermögen nach selbst gesetzten allgemeinen Prinzipien zu handeln. Diese Prinzipien nannte er Maximen, das heißt individuell wie auch gesellschaftlich begründete Konventionen für das Leben in einer Gesellschaft. Die allgemeinen Gesetze eines Staates verfolgen ebenfalls einen Zweck. Sie entspringen einer Idee von einem gesellschaftlichen Sein-Sollen, das in der Zukunft erreicht werden soll und haben somit einen apriorischen Charakter. Für die Festlegung des gesetzlichen Zwecks und die Bereitstellung der Mittel für dessen Realisierung ist Vernunft erforderlich. Kommt das allgemeine Gesetz durch den Willen eines einzelnen zustande, so liegt eine Monarchie oder eine Diktatur vor. Entspringt das Gesetz dem Willen von wenigen, so regiert eine Oligarchie. Können verschiedene Varianten des Gesetzes in Freiheit diskutiert werden und haben alle Staatsbürger ein gleiches Stimmrecht, so ist eine demokratische Republik gegründet worden. Für Kant hatten nur die Gesetze einer demokratischen Republik Anspruch auf Wahrheit und Achtung. Denn die Existenz der Vernunft beruht jederzeit auf der Zustimmung freier Bürger, die ihre Bedenken, ja, sogar ihr Veto ohne Zurückhaltung äußern können müssen.

Der Wille jedes vernünftigen Wesens ist als Teil des allgemein gesetzgebenden Willens jederzeit anzuerkennen

Die Ethik der bürgerlichen Gesellschaft, soweit sie sich im Feudalismus entwickelt hatte, fasste Kant in Form einer Reihe von Imperativen und begleitenden Prinzipien zusammen, denen vernünftige Wesen in ihren Entscheidungen folgen sollten. Ein Imperativ ist eine Antwort auf die Frage „Was soll ich tun?“ Der Imperativ, auf dem alle anderen aufbauen - die sogenannte Zweckformel – lautet: „Handle so, dass du die Menschheit, sowohl in deiner Person, als in der Person eines jeden anderen, jederzeit zugleich als Zweck, niemals bloß als Mittel brauchst.“ Dieser Imperativ fordert die Individuen dazu auf, sich in ihrem Alltagsleben wechselseitig als ihren eigenen Zweck setzende, also vernünftige Wesen anzuerkennen. Damit ist die ethische Grundlage der demokratischen Republik ausgesprochen. Denn diese wechselseitige Anerkennung der Individuen als vernünftiger, mit einem freien Willen ausgestatteter Wesen eröffnet den Weg in eine Gesellschaft, die sich selbst Gesetze in Freiheit geben kann. Daraus leitete Kant das Prinzip ab, dass der Wille jedes vernünftigen Wesens als Teil des allgemein gesetzgebenden Willens jederzeit anzuerkennen ist. Dieses ethische Prinzip, das als die sittliche Begründung des allgemeinen Wahlrechts gelten kann, stützte Kant auf seine eigene

Erkenntnistheorie ab. Sowohl die in der Natur erkannten Gesetze wie auch die allgemeinen Gesetze einer Republik sind Konstruktionen der Vernunft, historische, also veränderliche Kategorien. 8 Jahre nach dem Erscheinen der „Grundlegung der Metaphysik der Sitten“ wurde in Frankreich 1792 eine Republik gegründet, deren Verfassung den von Kant entwickelten Prinzipien entsprach. Deshalb verteidigte Kant die 1. Französische Republik mit dem allgemeinen Wahlrecht für Männer ab 21 Jahren mehrfach. Damit hier keine Missverständnisse entstehen: Die Jakobiner in Frankreich orientierten sich nicht an Kant, sondern an Rousseau und anderen Aufklärern. Deswegen ist Kants Philosophie auch nur die deutsche Theorie der französischen Revolution. Im 19. Jahrhundert entstand in vielen Nationen aus der Erfahrung der französischen Revolution der Aufruf zu Durchsetzung des allgemeinen Wahlrechts: One man, one vote! Eine Konsequenz, die für das Bewusstsein der Staatsbürger und den Charakter der Gesetze von entscheidender Bedeutung ist, lautet: Der Wille der Staatsbürger ist selbst gesetzgebend; sie werden nur dem Gesetz unterworfen, als dessen Urheber sie sich betrachten können. Für Kant war die Würde des Menschen nicht ein Geschenk Gottes oder eine Ableitung aus der Stellung des Menschen in der Natur. Die Autonomie des Willens und damit die Vernunft, die in Form eigener allgemeiner Gesetze zur Entfaltung gebracht werden kann, sah er vielmehr als den wahren Grund für die Würde des Menschen an. Auch die Würde der Menschheit besteht in der Fähigkeit, allgemein gesetzgebend zu sein. Die Würde des Menschen entspringt also dem eigenen Denken und Handeln, das sich erst in einem Zustand der Selbstgesetzgebung in der demokratischen Republik vollständig realisieren kann. Kants Philosophie behandelte nicht die Überwindung der sozialen Klassen der feudalen oder der aufziehenden bürgerlichen Gesellschaft. Der Impuls, der von seiner Philosophie auf den Alltagsverstand ausging, bezog sich auf die ethisch-politische Form, die jene neuen bürgerlichen Staatsgebilde – die Republiken – annehmen sollten. Diese ethisch-politische Form bestand in der politischen Gleichheit aller Staatsbürger auf der Grundlage der wechselseitigen Anerkennung als vernünftige Wesen. Aus diesem Prinzip erwächst auch der ethische Kern der demokratischen Republik, die Realisierung einer neuen Form von Freiheit. Kant prägte den liberalen Freiheitsbegriff, der die Willkür des einen mit der Willkür des andern nach einem allgemeinen Gesetz der Freiheit vereinigt. Kant lebte in einer Zeit, in der weder Sklaven, Leibeigene, Tagelöhner noch Frauen als selbständige vernünftige Wesen anerkannt waren. Das ganze 19. Jahrhundert war in den Nationen, in denen es überhaupt so etwas wie eine repräsentative Demokratie gab – in England, den USA und phasenweise Frankreich -, von dem Kampf um die politische Gleichstellung dieser Menschen erfüllt. In England kämpften die Chartisten, mit denen Marx und Engels eng verbunden waren, um die Erweiterung des Zensuswahlrechts. In den USA wurde ein Bürgerkrieg um die Emanzipation und damit um die politische Rechte der Sklaven im Süden geführt. Die Zeit der Gleichstellung der Frauen im Wahlrecht begann erst 100 Jahre nach Kants Tod im frühen 20. Jahrhundert. Kant plädierte dafür, dass den Personen, die zu seiner Zeit nicht als vernünftige anerkannt wurden, keine Hindernisse in ihrem Prozess des Mündig-Werdens in den Weg gestellt werden.

Eine notwendige Neuinterpretation des kategorischen Imperativs

Gramscis Plan – Band 1: Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800 ist auch für philosophische Laien eine interessante Lektüre, weil ... Kants »kategorischer Imperativ« als politische Fundamentalnorm der demokratischen Republik neu interpretiert werden muss, wenn seine Ethik als »deutsche Theorie der französischen Revolution« (Marx) aufgefasst wird.

Der kategorische Imperativ bildet mit seiner Antwort auf die Frage Was soll ich tun? den Gipfel der Kantschen Ethik der bürgerlichen Gesellschaft. Ohne seine Beachtung kann die Bewegung der Vernunft, kann eine demokratisch verfasste Gesellschaft nicht zu Stande kommen. Die traditionellen Interpretationen gehen an diesem Gehalt, der historisch wie auch für die Gegenwart bedeutend ist, vorbei, weil der revolutionäre Gehalt von Kants Philosophie im Umbruch der Epochen nicht erkannt wird.

Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne

Bereits 1784 in der „Grundlegung der Metaphysik der Sitten“ formulierte einen Kant einen Imperativ, von dem es nur einen einzigen geben kann: den „kategorischen Imperativ“. Dieser bildet den Gipfel der von Kant entwickelten Ethik und bringt die Bewegung in den ethischen Kern der demokratischen Republik. Im kategorischen Imperativ verwendete Kant zwei Substantive: die Maxime und das Gesetz. Die Maxime ist eine besondere subjektive Regel einer Gruppe aufgeklärter Individuen für das praktische Verhalten in der Gesellschaft. Das Gesetz ist eine allgemeine und objektive Regel des demokratischen Staates für das praktische Verhalten aller Bürger. Der kategorische Imperativ lautet in der Formulierung von 1784: „Handle nur nach derjenigen Maxime, durch die du zugleich wollen kannst, dass sie ein allgemeines Gesetz werde.“ Vorgeschlagen wurde in dem Satz, „durch die“ durch „von der“ zu ersetzen, was ungleich sinniger ist. Das Individuum soll nur nach derjenigen Maxime handeln, von der es wollen kann, dass sie ein allgemeines Gesetz werde. In der „Kritik der praktischen Vernunft“ von 1788 lautete der kategorische Imperativ: „Handle so, dass die Maxime deines Willens jederzeit zugleich als Prinzip einer allgemeinen Gesetzgebung gelten könne.“ Der Begriff der allgemeinen Gesetzgebung macht die Stoßrichtung des kategorischen Imperativs noch deutlicher. Der kategorische Imperativ fordert von den Staatsbürgern ein ethisches Verhalten ein, das den Konflikt zwischen der Maxime einer Minorität und dem allgemeinen Gesetz der Majorität nicht nur toleriert, sondern als oberstes Prinzip der Entwicklung der Vernunft in Freiheit anerkennt. Der kategorische Imperativ ist die praktische Umsetzung des Wahlspruchs der Aufklärung – „jederzeit selbst zu denken“ - in den politischen Raum der demokratischen Republik. Dies kann nur gelingen, wenn politische Freiheit, eine freie Presse und ein öffentlicher Disput vom Staat garantiert werden. Aus dem kategorischen Imperativ erwächst die politische Fundamentalnorm der demokratischen Republik, das heißt ein ins Unendliche gehender Prozess, in dem eine Maxime gesellschaftlicher Vernunft, die aktuell ein allgemeines Gesetz der Republik ist, durch eine andere Maxime gesellschaftlicher Vernunft ersetzt werden kann. Kant knüpfte drei Voraussetzungen an eine vernünftige Maxime: Diese müsse einen allgemeinen Charakter haben, das heißt für alle Bürger gültig und nicht willkürlich sein, die Menschen dürfen nicht auf ein Mittel reduziert werden und die Maxime muss sich in einem politischen Prozess, an dem alle Bürger*innen mit einer Stimme beteiligt sind, durchsetzen. In

modernen Demokratien werden gesellschaftlichen Maximen durch Parteien, Parlamente, Regierungen und Ministerien mehrfach „gebrochen“ und umformuliert. Es gibt allerdings auch Verfahren direkter Demokratie (Volksabstimmungen etc.), in denen Kants Prinzipien unmittelbar zum Einsatz kommen.

Der kategorische Imperativ - Anstelle einer langen Erklärung

Im Buch „Gramscis Plan - Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800“ wird auf S. 424 versucht, den kategorischen Imperativ in einer leicht verständlichen Ich-Form zu erklären. „Ich bin ein vernünftiges Wesen, weil ich Kraft meiner Vernunft alle Regeln daraufhin überprüfen kann, ob sie vor meinem Denken – meiner Logik – Bestand haben. Ich bin ein vernünftiges Wesen, dessen Vernunft praktisch wird, indem ich mir Kraft meines Willens eigene Maximen für mein Leben gebe. Ich weiß, dass ich mir auch für das gesellschaftliche Zusammenleben vernünftige Maximen ausdenken und dafür in Freiheit eintreten kann. Ich kann nach diesen Maximen auch praktisch handeln, wenn auch – in bestimmten Fällen – um den Preis, dass ich gegen geltende Gesetze verstoße. Ich weiß aus Erfahrung, dass meine Maximen, aber auch die aller anderen vernünftigen Wesen durch einen politischen Prozess, an dem alle mit ihrer Stimme beteiligt sind, zu allgemeinen Gesetzen werden können. Ich weiß deshalb, dass ich zusammen mit allen anderen Staatsbürgern der Urheber aller bestehenden allgemeinen Gesetze bin. Dadurch bestätige ich meine Würde als ein vernünftiges Wesen, das über einen freien Willen verfügt und nur diejenigen Gesetze anerkennt, an dessen Zustandekommen alle mit ihrer Stimme beteiligt waren. Das oberste sittliche Prinzip des gesellschaftlichen Zusammenlebens besteht für mich darin, dass meine Maximen, aber auch die aller anderen in einem bestimmten Verfahren allgemeines Gesetz werden können. Wenn ich in einem Staat lebe, der es nicht zulässt oder mich und andere daran hindert, dafür einzutreten, dass meine oder ihre Maximen zu allgemeinen Gesetzen werden können, dann werde ich rebellieren.“

Kants „Ewiger Frieden“ und die Geschichtsphilosophie

Gramscis Plan – Band 1: Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800 ist auch für philosophische Laien eine interessante Lektüre, weil ... der postmodernen Diskreditierung der Geschichtsphilosophie entgegengetreten wird, indem der aktuelle Kampf um die demokratische Republik in den Kontext von Kants Ziel der Geschichte eingeordnet wird, der eine demokratisch organisierte und föderativ geeinte Menschheit aus Gründen der Vernunft forderte.

Die Frage Was darf ich hoffen? erläuterte Kant durch die Formulierung: „Wenn ich nun tue, was ich soll, was darf ich als denn hoffen?“ Wenn die Menschen sich an seine Imperative halten würden, dann darf gehofft werden, dass sich - trotz aller Widrigkeiten und des jederzeit möglichen Rückfalls in eine Barbarei - eine demokratisch organisierte und föderativ geeinte Menschheit als Ziel aller Anstrengungen erreichen lässt.

Die Geschichtsphilosophie landete zu Unrecht in der Rumpelkammer der Philosophie

Die Geschichtsphilosophie beschäftigt sich mit dem Verlauf und den möglichen Zielen der menschlichen Geschichte. Gibt es einen Fortschritt in der menschlichen Geschichte und wenn ja, wie sehen die Kriterien dafür aus. Bewegt sich die menschliche Gesellschaft unaufhaltsam auf eine Barbarei oder auf ihre Selbstzerstörung zu? Ist mit der liberalen, demokratisch verfassten Gesellschaft das Ende der Geschichte erreicht? Kann es einen „wissenschaftlichen

Sozialismus“ geben? Kant entwarf zu Zeiten der französischen Revolution einen Plan, dessen ausdrückliches Ziel es war, die gesamte feudale durch eine bürgerliche Ordnung der Staatenwelt zu ersetzen. Bereits 1784 schrieb er seine „Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht“. Auf Kant folgten Hegel und Marx, die beide eigenständige Geschichtsphilosophien vorlegten, deren Gehalt in den nächsten Bänden von „Gramscis Plan“ vorgestellt wird. Im späten 19. und im frühen 20. Jahrhundert entstanden eine Reihe von rassentheoretischen Geschichtsphilosophien, die den „Untergang des Abendlands“ oder den Überlebenskampf der „arischen Rasse“ beschworen. Mit dem Untergang des NS-Regimes in Deutschland wurde diese Variante der Geschichtsphilosophie entscheidend geschwächt. In den 80er Jahren, also in der Spätphase des Kalten Kriegs entwickelten postmoderne Philosophen die Theorie, dass alle „großen Geschichtserzählungen“ inklusive der Aufklärungsphilosophie von Kant und der Errichtung einer sozialistischen Gesellschaft von Marx obsolet sein. Die Geschichtsphilosophie verschwand daraufhin in der Rumpelkammer der Philosophie. Als Ausdruck dieser Tendenz kann zum Beispiel herangezogen werden, dass auf „Wikipedia“ die Seite „Geschichtsphilosophie“ von der allgemeinen Seite „Philosophie“ entkoppelt wurde. Zur Begründung heißt es dort, dass die „zeitgenössische Geschichtsphilosophie, die sich aus der Analyse historischer Inhalte zurückgezogen habe“, damit „an den Rand des philosophischen Kosmos“ geraten sei. Es steht also nicht gut um die Geschichtsphilosophie. Dem soll hier entgegengewirkt werden, indem Kants Geschichtsphilosophie in weltbürgerlicher Absicht zur Diskussion gestellt wird. Es ist – wie die Geschichtsphilosophien von Hegel und Marx nach ihm - eine progressive Philosophie von den Möglichkeiten der Menschen in ihrer Geschichte. Sie stemmt sich allen alten und modernen Dystopien vom Jüngsten Gericht über den Rassenkrieg bis hin zur Umwelt- oder Zombie-Apokalypse entgegen. Dabei entwirft der „Ewige Frieden“ keine Utopie, sondern enthält einen Leitfaden für das Handeln vernünftiger Individuen und macht dessen Umsetzung nur vom Gelingen der Anstrengungen dieser Individuen abhängig. Kants Philosophie in weltbürgerlicher Absicht ist umfassend in der Schrift „Zum ewigen Frieden. Ein philosophischer Entwurf“ enthalten, die auf dem Höhepunkt der französischen Revolution 1795 veröffentlicht wurde.

Drei Forderungen: Demokratische Republiken, Föderalismus und weltweit geltende Menschenrechte

In der Schrift vom „Ewigen Frieden“ stellte Kant drei Forderungen auf, mit denen ein dauerhafter Frieden durch die Bewegung hin zu einer demokratisch organisierten und föderativ geeinten Menschheit erreicht werden soll.

Die erste Forderung lautete: „Die bürgerliche Verfassung in jedem Staate soll republikanisch sein.“ 1795 gab es weltweit überhaupt nur zwei relevante Staaten, die sich selbst als Republiken bezeichneten und auch solche gewertet werden können: die Vereinigten Staaten von Amerika und die 1. Französische Republik. Für Kant waren 4 Merkmale wesentlich für einen Staat, der Republik genannt werden kann. In einer Republik herrscht kein König oder Fürst, die Trennung von Staat und Religion ist vollzogen, Parlamente, die aus Wahlen hervorgegangen sind, verabschieden die Gesetze und es herrscht politische Freiheit insbesondere Presse- und Meinungsfreiheit eingebettet in die 1789 von der französischen Nationalversammlung verkündeten Bürger- und Menschenrechte. Der Inhalt seiner Forderung lautet also: Das Verlassen der feudalen Gesellschaft und der Eintritt in eine der bürgerlichen Gesellschaft angemessene Form des Staats besteht darin, dass eine Republik gegründet wird.

Eine andere Staatsform (konstitutionelle Monarchie, Diktatur etc.) kam für Kant nicht in Frage. Den Erhalt des Friedens sah Kant durch eine Republik mit repräsentativem Regierungssystem am besten gewährleistet, weil die Bürger so über die Frage von Krieg oder Frieden selbst entscheiden könnten. Davon ausgehend hielt er die repräsentative Demokratie für die Staatsform, mit der Kriege vermieden werden könnten.

Die zweite Forderung lautete: „Das Völkerrecht soll auf einen Föderalismus freier Staaten gegründet sein.“ Diese Forderung bedeutet, dass es über ein Geflecht von völkerrechtlichen Vereinbarungen zwischen den Staaten hinaus auch zu einem föderativen Prozess kommen soll, um den Frieden dauerhaft und nachhaltig zu sichern. Im Verlauf des Befreiungskampfes des Bürgertums hatte es immer wieder Versuche gegeben, mehrere freie Staaten in einer Föderation zu vereinigen, so etwa im Fall der Schweizer Kantone, der sieben niederländischen Republiken im 17. Jahrhundert oder der Vereinigten Staaten von Amerika mit der Gründung der Republik 1787. Eine Föderation ist ein freiwilliger Zusammenschluss souveräner Staaten. In der Regel übertragen die Mitgliedstaaten der zentralen Ebene der Föderation bestimmte Kompetenzen, errichten einen gemeinsamen Binnenmarkt mit der Freizügigkeit von Waren, Kapital und Menschen und organisieren nach außen eine Zollunion. Kant sprach sich mehrfach dagegen aus, einen Superstaat zu errichten. Er hielt zu seiner Zeit die 1. Französische Republik für einen geeigneten Ausgangspunkt für einen föderativen Prozess in Europa. Das bekannteste Beispiel für eine Föderation im Sinne Kants in der Neuzeit ist die Europäische Union. Auch die Vereinten Nationen wurden 1945 im Geist von Immanuel Kant gegründet.

Die dritte Forderung lautete: „Das Weltbürgerrecht soll auf Bedingungen der allgemeinen Hospitalität eingeschränkt sein.“ Der Titel von Kants dritter Forderung mag zunächst verwirren. Tatsächlich enthielt dieser Abschnitt die Forderung nach weltweit geltenden Menschenrechten und einer Beendigung des Kolonialismus. Kant sprach sich dafür aus, die Menschenrechte als rechtlich verbindlich ausgestaltetes Weltbürgerrecht durch die internationale Staatengemeinschaft garantieren zu lassen. Diese Rechte sollten jedem Menschen individuell zustehen, und zwar unabhängig davon, in welchen Staat er oder sie lebt. Die Forderung nach weltweit geltenden Menschenrechten für alle macht nur Sinn, wenn sie mit dem Ende der kolonialen Herrschaft der Europäer kombiniert wird. Denn koloniale Herrschaft bedeutet gerade den Entzug der Menschenrechte, der politischen Freiheit und des Selbstbestimmungsrechts der Völker. Infolgedessen verurteilte Kant die Kolonisierung und Versklavung der Völker in Amerika, Afrika und Asien durch die europäischen Nationen auf das Schärfste. Den Europäern dürfe nicht mehr als eine „allgemeine Hospitalität“, ein Gastrecht eingeräumt werden, deren Grenzen und Bedingungen durch den Gastgeber, das heißt durch die besuchten Völker festgelegt werden.

Aus allen drei Forderungen ergibt sich, dass das Ziel der Geschichte eine demokratisch organisierte und föderativ geeinte Menschheit ist. Bei der Definition dieses Ziels und seiner Erreichung griff Kant in keiner Weise auf Zutaten aus der Religion oder der Natur des Menschen zurück; es ist einzig und allein durch ein vernünftiges Handeln der Menschen unter Beachtung des kategorischen Imperativs erreichbar. Mit der Erreichung dieses Ziels – einer demokratisch organisierten und föderativ geeinten Menschheit – lief die Geschichtsphilosophie Kants zunächst gegen einen Anschlag. Diesen übersprang er im Begriff des Reichs der Zwecke gleich wieder, um der Menschheit eine weitere Aufgabe zu stellen: Die Menschheit solle ihre Würde als „vernünftige Natur“ in einer systematischen Einheit von Freiheit und Natur erweisen.

Ein Reich der Zwecke ist nur als ein globaler Prozess vorstellbar, der eine geeinte Menschheit zur Voraussetzung hat. Die Idee eines Reichs der Zwecke wird von Hegel und Marx aufgegriffen und modifiziert.

Der weltweite Kampf um die demokratische Republik

Kant blieb nicht bei dem Entwurf für die Schaffung einer bürgerlichen Weltordnung in Frieden stehen. Bereits 1794 wagte er eine weitreichende philosophische Vorhersage: Die nun in der 1. Französischen Republik gefundene Staatsform der bürgerlichen Staatenwelt werde sich über kurz oder lang auf alle Völker dieser Erde ausbreiten. Die Gründung einer demokratischen Republik nannte Kant ein „Geschichtszeichen“. Wie kann Zukunft vorhergesagt werden? Kant und Gramsci waren sich darin einig, dass eine Vorhersage der Zukunft nur dann vorgenommen werden kann, wenn derjenige, der sie vorhersagt, auch dafür sorgt, dass die Vorhersage Wirklichkeit wird. Auf den letzten 50 Seiten von „Kant und die Aufklärung 1500 bis 1800“ wird die Entwicklung der „Geschichtszeichen“ in den letzten zwei Jahrhunderten in stark geraffter Form nachgezeichnet. Drei geschichtliche Wendepunkte waren von besonderer Bedeutung: die Revolutionen in der Mitte des 19. Jahrhunderts in Europa sowie der Ausgang des 1. und des 2. Weltkriegs. Die Niederlage der demokratischen Kräfte in ganz Europa im Verlauf der Revolutionen von 1848/9 hatte strategische Konsequenzen für die nächsten 70 Jahre. Die monarchistischen Kräfte konnten in dieser Phase im Bündnis mit großen Teilen des Bürgertums ihre Positionen im Rahmen konstitutioneller Monarchien festigen. So bezeichnete Marx das 1871 gegründete deutsche Kaiserreich als einen von der Bourgeoisie beeinflussten, bürokratisch gezimmerten, polizeilich gehüteten Militärdespotismus. In der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts errichteten die europäischen Nationen und die USA ihre koloniale Herrschaft auf der ganzen Welt. Diese Eroberungen wurden durch verschiedene internationale Übereinkünfte abgesichert. Der Konkurrenzkampf zwischen den imperialen Mächten eskalierte im 1. Weltkrieg, an dessen Ende die drei großen Kaiserreiche Deutschland, Österreich-Ungarn und Russland untergingen. Im Gefolge der Revolutionen von 1917 und 1918 wurden sowohl die Sowjetunion wie auch eine Reihe von demokratischen Republiken in Europa gegründet, zum Beispiel die Weimarer Republik in Deutschland. Doch schon 1922 kam Mussolini in Italien an die Macht. In der Zeit darauf errichtete Mussolini in Italien Zug um Zug einen faschistischen Ständestaat, dem der gewählte Parlamentarier Antonio Gramsci 1926 zum Opfer fiel. Mit dem Ermächtigungsgesetz 1933 in Deutschland und nach den Bürgerkriegen in Österreich 1934 und in Spanien 1939 konnten faschistische Parteien in drei weiteren Staaten ihre Macht etablieren. Auf dem Höhepunkt seiner Macht im 2. Weltkrieg hatte der europäische Faschismus alle Demokratien bis auf die in der Schweiz, Schweden, Großbritannien und Irland beseitigt. Nachdem hauptsächlich die Sowjetunion, die USA und Großbritannien den Faschismus in Europa besiegt hatten, gründeten sie zusammen mit weiteren 51 Staaten 1945 die Vereinten Nationen. In der Zeit des Kalten Kriegs zwischen der NATO und dem Warschauer Pakt und im Zusammenhang mit der Entkolonialisierung und dem Kampf der Befreiungsbewegungen wuchs die Zahl der Staaten dramatisch. Der Kalte Krieg kam mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion 1991 zu einem Ende. Die Gründung der demokratischen Republik Südafrika 1997 signalisierte das weltweite Ende des Kolonialismus zumindest in formaler Hinsicht. Zusammenfassend ist festzustellen: Die Überwindung der großen Monarchien als Repräsentanten der alten feudalen Gesellschaft fand erst 130 Jahre nach der französischen Revolution statt. Die Überwindung des Kolonialismus dauerte noch einmal fast 80 Jahre. Im 2. Jahrzehnt des neuen Jahrhunderts ergibt sich gemäß den Angaben der amerikanischen

Menschenrechtsorganisation Freedom House folgendes Bild im Hinblick auf Kants „Geschichtszeichen“. Werden die Kriterien der UN-Menschenrechtsdeklaration von 1948 streng angelegt, so zählt der Jahresbericht 2020 von Freedom House 83 von allen 195 Staaten zu den „freien Staaten“. Im selben Jahresbericht rechnete Freedom House 63 Staaten zu den „partiell freien“. In diesen Nationen sind zwar Wahlen in den Verfassungen festgeschrieben, aber politische Freiheiten und andere Menschenrechte sind nur in einem beschränkten Umfang verwirklicht. 49 Nationen stuft Freedom House als „nicht frei“ ein. Diese Gruppe kann wiederum in drei Untergruppen eingeteilt werden. Die religiös orientierten Diktaturen im Nahen Osten mit dem Iran und Saudi-Arabien als den beiden Führungsmächten ein und derselben Religion, die sich einen erbitterten Konkurrenzkampf liefern und in einer Reihe von Staaten offen bekämpfen. Zweitens eine Handvoll sozialistischer Staaten, in denen die führende Rolle der kommunistischen Partei in der Verfassung festgeschrieben wurde. Der wichtigste Staat in dieser Gruppe ist die VR China, die in den nächsten Jahrzehnten den USA den Rang als führende ökonomische Weltmacht ablaufen könnte. Die dritte Gruppe besteht aus Staaten, die aus der Sowjetunion hervorgegangen sind. In diesen Staaten wird heute eine korrupte Oligarchie durch ein System politischer Herrschaft absichert wird, das beschönigend als „gelenkte Demokratie“ bezeichnet wird. Kants zweite Forderung sah einen weltweiten Prozess der Föderalisierung vor. Heute sind fast 100 Staaten in Europa, Afrika und Südamerika in regionale Föderalisierungs- bzw. Integrationsprozessen eingebunden. Die Tiefe dieser Integrationsprozesse, ihre Bedingungen und Erfolgsaussichten fallen allerdings weit auseinander. Der größte Staatenverbund ist die Europäische Union (EU) mit 27 europäischen Nationen. In den vergangenen Jahrzehnten wurde ein dichtes Netz von völkerrechtlich verbindlichen Verträgen errichtet, mit denen die Bürger- und Menschenrechte, aber auch in Erweiterung des klassischen Katalogs die Rechte von Frauen, Kindern und ethnischen Minderheiten geschützt werden sollen. Obwohl die effektive Umsetzung dieser Verträge in vielen Staaten noch lange nicht gesichert ist, haben ca. $\frac{3}{4}$ aller Staaten diese Verträge unterzeichnet. Mit dem Ende der Sowjetunion und des Kolonialismus hat sich zu Beginn des 21. Jahrhunderts ein neuer „historischer Block“ herausgebildet, in dem Kants Prinzipien für einen ewigen Frieden zumindest im Ansatz verwirklicht sind. Die Philosophie dieses bürgerlichen historischen Blocks wird stark von den Wissenschaften geprägt, wie die eingangs erwähnten Beispiele von der Corona-Pandemie und der Erderwärmung zeigen. Die Dogmen der christlichen Kirchen sind weitgehend aufgelöst, wie Kant es für möglich und notwendig gehalten hatte und wie die Gesetzgebung zur Homosexualität und zur „Familie für alle“ zeigt. Der Alltagsverstand wird in den 83 freien Staaten nachhaltig von Kants Ethik des demokratischen Staatsbürgers bestimmt. Freie Wahlen finden in geregelter Form und Regierungswechsel friedlich statt. Progressive Gesetze können verabschiedet werden und die Opposition kann sich frei bewegen. 200 Jahre nach Kants Tod sind die demokratischen Republiken die dominante Kraft in der Weltpolitik, Prozesse der Föderalisierung finden auf mindestens drei Kontinenten statt und die Bürger- und Menschenrechte sind weltweit zur vorherrschenden Ethik geworden. Mit den Vereinten Nationen wurde 1945 eine Instanz globaler Vernunft ins Leben gerufen, die im 21. Jahrhundert in der Lage ist, die wichtigsten Aufgaben der Menschheit zu definieren und zum Beispiel in Form der „nachhaltigen Entwicklungsziele“ konkrete Wege zu ihrer Bewältigung aufzuzeigen. Damit an dieser Stelle keine Missverständnisse entstehen: Es gibt nach Kant keine ihre innere Substanz, die die Menschheit auf diesen Weg gebracht oder ihr den Weg geebnet hätte. Er gibt nur das

Engagement von vernünftig handelnden Individuen in ihrer Zeit und gegen alle Widerstände. Kant betonte deshalb mehrfach, dass der Rückfall in eine Barbarei jederzeit möglich ist.

Zur Universalität der vernunftrechtlichen Aufklärung

Die Bedeutung und die historischen Verdienste der religiösen und der naturrechtlichen Varianten der Aufklärung sollen keineswegs geschmälert werden. Ihre philosophischen Vertreter wie Hume und Locke aus Großbritannien und Rousseau und Diderot aus Frankreich waren in praktischer Hinsicht viel erfolgreicher als Kant. Die von ihnen inspirierten politischen Formationen schufen mit der amerikanischen und französischen Revolution weltpolitische Ereignisse, die den Ausbruch aus der feudalen Gesellschaft möglich machten. Kants praktische Relevanz in Deutschland beschränkte sich dagegen auf einen fortgesetzten Kampf mit den preußischen Zensurbehörden. Jakobiner gab es in Deutschland nur wenige und die Mainzer Republik hielt sich 1793 nur wenige Monate. Trotzdem erhielt Kant in Gramscis Interpretation eine überragende Stellung. In Kants vernunftrechtlicher Aufklärung waren die Menschen weder vor Gott gleich noch von Natur aus Gleiche. Das entscheidende Kriterium für die Gleichheit der Menschen war vielmehr universell: das allen Menschen gemeinsame Vermögen zum Gebrauch ihrer Vernunft. Dieses Kriterium der Gleichheit wurde durch die Einbettung in den Erkenntnisprozess der Naturwissenschaften und die Entwicklung der bürgerlichen Gesellschaft als ein historisch gewachsenes Verhältnis zwischen den Menschen begründet. Für Gramsci bildeten diejenigen Philosophien, die von diesem Gleichheitsgrundsatz ausgingen die mächtigsten Kettenglieder in der Überwindung der feudalen Gesellschaft. Kants Aufklärungsphilosophie wies in theoretischer Weise einen Weg aus der feudalen Ordnung; er zeigte der bürgerlichen Gesellschaft in der Entwicklung der Begriffe, in den Naturwissenschaften, in der Politik und in der Etablierung einer bürgerlichen Weltordnung vier Formen ihrer Selbstbewegung auf. Mit der sich stetig erweiternden Begriffswelt, der Kumulation vernünftiger wissenschaftlicher Erkenntnisse und der Gesetzgebung in der demokratischen Republik skizzierte Kant eine gesellschaftliche Bewegung aus dem Prinzip der sich selbst überschreitenden Vernunft. Die Fixpunkte dieser Bewegung ergeben sich – sprachlich, wissenschaftlich, politisch und völkerrechtlich – aus den Konsensen der jeweils beteiligten Subjekte. Die Veränderung des Alltagsverstands, die die französische Revolution überhaupt erst möglich gemacht hatte und sich im 19. Jahrhundert immer weiter durchsetzte, beschrieb Gramsci als „molekularen Prozess“. Der molekulare Prozess spielt sich zunächst im Bewusstsein des Individuums ab und geht dann, wenn bestimmte grundlegende Entscheidungen getroffen wurden in ein politisches Handeln über. Die wichtigste Transformation des Alltagsverstands findet, so Gramsci, auf dem Feld der Ethik statt. Gott als die Instanz, die das Leben der Menschen leitet, ihr Schicksal bestimmt, wird durch die Selbstbestimmung über das eigene Leben verdrängt; der religiös geweihte Monarch bzw. der Diktator wird als gesetzgebende Instanz durch politisch gleichgestellte Bürger in der demokratischen Republik ersetzt. Von diesem Kampf der Aufklärung um die politische Freiheit waren die zwei Jahrhunderte nach Kant erfüllt und dieser Kampf wird auch heute noch sowohl in den ehemaligen Kolonien als auch in den Metropolen fortgesetzt.

Zur Geschichtlichkeit von Philosophien

Marx schrieb in seiner Dissertation, dass das Philosophisch-Werden der Welt zugleich ein Weltlich-Werden der Philosophie ist. Das Weltlich-Werden einer Philosophie wird bei Gramsci

zu einem Merkmal ihrer Universalität. Kraft dieser Universalität fügt sich die weltlich gewordene Philosophie in die Wirklichkeit ein, als sei sie eine Selbstverständlichkeit dieser Wirklichkeit selbst. Die wechselseitige Anerkennung der Menschen als vernünftige Wesen ist im 21. Jahrhundert für einen großen Teil der Menschheit eine Selbstverständlichkeit geworden. Dadurch, dass die Aufklärung eine Selbstverständlichkeit geworden ist, verflüchtigt sich jedoch die Begründung und das Bewusstsein von dem jahrhundertelangen Kampf um die Durchsetzung ihrer philosophischen Prinzipien. Gramsci kommt zu folgender Bestimmung über die Geschichtlichkeit von Philosophien: Eine Philosophie ist geschichtlich, insofern sie sich verbreitet, insofern sie die Wirklichkeitsauffassung einer großen Menge von Menschen wird. Die Geschichte des Epochenübergangs in Europa war ein Kampf zweier philosophischer Strömungen gegeneinander und um ihre Relevanz im Bewusstsein und im Handeln der Menschen. Die vernunftrechtliche Aufklärung war kein Geschöpf individueller Tüftelei; sie wurde aus dem 300-jährigen Kampf des Bürgertums gegen den Feudalismus herausdestilliert. Sie müsste also, so Gramsci, auf die Gesellschaft zurückwirken, gewisse Effekte zeitigen. Das Ausmaß, in dem eine Philosophie auf die Gesellschaft zurückwirkt, ist das Maß ihrer historischen Tragweite, dessen, dass sie nicht individuelle Ausklügelung war, sondern zu einer lebendigen Tendenz in der Geschichte wurde. Historische Tatsache ist, dass die Prinzipien der im Chaos der Revolution untergegangenen 1. Französischen Republik im 21. Jahrhundert die Verhältnisse unserer Welt prägen. Im krassen Gegensatz dazu stehen die Behauptungen postmoderner Philosophen, dass die großen Geschichtserzählungen von Freiheit und Emanzipation und insbesondere die von Kant, Hegel und Marx historisch obsolet geworden sind. Dagegen muss die Entwicklung der Geschichtszeichen seit Kant ins Feld geführt werden und vor allem, dass heute in dutzenden Nationen unter autoritärer Herrschaft die aufständische Opposition in diesen Prinzipien die Zukunft ihrer Gesellschaft sieht.

Marx über die Demokratie als das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen

In Geschichte der Philosophie werden Kant und Marx meistens zwei entgegengesetzten Lagern zugeordnet. Kant steht für die liberale Ordnung des Bürgertums und Marx für die Diktatur des Proletariats. In den „Gefängnisheften“ unterwarf sich Gramsci nicht mehr dem Paradigma der Oktoberrevolution, das auf die Diktatur der Kommunistischen Partei im Namen von Marx und der Arbeiterklasse hinausläuft. Ein Verständnis der Philosophie von Kant wurde für ihn zur Voraussetzung, um Marx in Theorie und Praxis begreifen zu können. Knapp 40 Jahre nach dem Tod von Kant nahm Marx seine politische und philosophische Arbeit auf. Die Erinnerungen an die französische Revolution und den 1831 verstorbenen Hegel waren zu jener Zeit immer noch präsent. In Frankreich hatte 1830 bereits die nächste Revolution stattgefunden, die eine liberale parlamentarische Monarchie durchsetzen konnte. Deutschland befand sich ab den 40er Jahren in einer vorrevolutionären Situation. Die absolute Monarchie des Königs von Preußen sollte durch eine demokratische Verfassung ersetzt werden. Der angehende Philosophieprofessor Marx hatte sich bereits eine Menge Wissen über Kants Philosophie angeeignet, als die Repression ihm diesen Weg versperrte. So schrieb er 1842 in einem Aufsatz über Geschichtsphilosophien, dass Kant die „deutsche Theorie der französischen Revolution“ entwickelt habe. Ein Jahr später verfasste er eine Kritik der Hegelschen Rechtsphilosophie, in der dieser eine konstitutionelle Monarchie ohne Parlament und allgemeines Wahlrecht vorgeschlagen hatte. In seiner Kritik stellte Marx die Frage, die das gesamte 19. Jahrhundert umtreiben wird: „Souveränität des Monarchen oder des Volkes, das ist die question.“ Dem

Gehalt nach entsprechen seine weiteren Ausführungen der Theorie von Kant. Marx schrieb: Die Verfassung der demokratischen Republik erscheint als das, was sie ist, freies Produkt des Menschen. Alle Staatsformen haben zu ihrer Wahrheit die Demokratie und sind daher, soweit sie nicht die Demokratie sind, unwahr. Der Schlusssatz zum Thema Demokratie in seiner Hegel-Kritik lautete: „Die Demokratie ist das aufgelöste Rätsel aller Verfassungen.“ Marx zeigte sich, trotz aller Kritik an Kant und den deutschen Umständen als Anhänger der „deutschen Theorie“; Kant galt ihm als theoretisches Gewissen der europäischen Aufklärung. Dementsprechend waren die demokratische Republik und das allgemeine Wahlrecht die ersten beiden Forderungen des politischen Programms für Deutschland, das Marx und Engels 1848 im Zusammenhang mit dem „Manifest der kommunistischen Partei“ veröffentlichten. Nach der Märzrevolution in Deutschland 1848 wurden die Parlamentarier für eine verfassungsgebende Versammlung nach allgemeinem Wahlrecht gewählt. Der Entwurf für eine Verfassung vom März 1849 sah einen deutschen Kaiser und ein allgemeines Wahlrecht für den Reichstag vor. Die Republikaner in der Versammlung wie auch Marx und Engels hatten diese Lösung scharf kritisiert. Der König von Preußen lehnte die angebotene Kaiserkrone im April 1849 trotzdem ab und schickte seine Regimenter, um dem Beginn einer Demokratie in Deutschland ein Ende zu bereiten. Die bürgerkriegsähnlichen Kämpfe in Deutschland endeten im Juli 1849 mit der Kapitulation der Festung Rastatt. Die 1848er-Revolutionäre mussten daraufhin aus Deutschland flüchten. Marx und Engels kritisierten im Verlauf der nächsten Jahrzehnte mehrfach den Verzicht auf die Forderung nach einer demokratischen Republik mit allgemeinem Wahlrecht in den sozialdemokratischen Parteiprogrammen als ein Zurückweichen vor den monarchischen Diktaturen in Deutschland und in anderen Nationen. Marx hielt die praktische politische Emanzipation, das heißt die Beseitigung des Zensuswahlrechts und anderer Wahlrechtsbeschränkungen für die letzte Form der Emanzipation, die innerhalb der bürgerlichen Weltordnung möglich ist. In seiner Analyse des Staatsstreichs von Napoleon III. vom Dezember 1851 verteidigte er die demokratische Republik und bezeichnete diese als die „politische Umwälzungsform“ der bürgerlichen Gesellschaft. Die ökonomische Emanzipation der Arbeiterklasse, die Marx 1864 in die Statuten der Internationalen Arbeiterassoziation schrieb, setzt die Aufklärung, die demokratische Republik oder im Marxschen Sprachgebrauch die „politische Emanzipation“ voraus. Gramscis viel diskutierte Theorie der Hegemonie der bürgerlichen Klasse kann nur im Zusammenhang mit dem Erbe der klassischen deutschen Philosophie verstanden werden. Denn Hegemonie bedeutet in Gramscis „Gefängnisheften“ wesentlich mehr als eine banale Kombination von Zwang und Konsens. Der Begriff der Hegemonie, in dem sich Gramscis Verständnis der modernen bürgerlichen Gesellschaft zusammenfasst, ist nicht zu trennen von Kant und der deutschen Theorie der französischen Revolution. Um die Richtung anzudeuten, in die der Begriff Hegemonie in der Reihe „Gramsci Plan“ weiterentwickelt wird, folgen drei Zitate aus den „Gefängnisheften“, die diesen Zusammenhang verdeutlichen sollen.

Kant, die Jakobiner und die 1. Französische Republik

„Die Entwicklung des Jakobinismus (dem Inhalt nach) hat ihre formale Vollendung im parlamentarischen Regime erreicht, das in der an 'privaten' Energien in der Gesellschaft reichsten Periode die Hegemonie der städtischen Klasse über die ganze Bevölkerung verwirklicht, in der hegelianischen Form der Regierung mit dauernd organisiertem Konsens.“ (Gramsci, 1929-1935, Gefängnishefte, Bd. 1, Heft 1, § 48, S. 119)

Was hat Hegemonie mit Erkenntnistheorie zu tun?

„Die Philosophie der Praxis begreift die Wirklichkeit der menschlichen Erkenntnisbeziehungen als Element politischer ‚Hegemonie‘.“ (Gramsci, 1929-1935, Gefängnishefte, Bd. 6, Heft 10, § 6, S. 1260)

Was hat die Ethik mit Marx zu tun?

„Beim Begründer der Philosophie der Praxis ist der ethisch-politische Aspekt der Politik oder die Theorie der Hegemonie und des Konsenses in nuce enthalten.“ (Gramsci, 1929-1935, Gefängnishefte, Bd. 6, Heft 10, § 41.X, S. 1322) In nuce – englisch: in a nutshell – bedeutet in komprimierter Form.

In Gramscis Plan, Band 2, Hegel und die Dialektik 1800 bis 1830 wird zunächst dargestellt, was sich Gramsci unter einem Marxismus als Reform des Hegelianismus vorgestellt hat und was Marx von Hegel in modifizierter Weise übernommen hat und was nicht.